

NIEDERSCHRIFT HFA/004/2010

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** am 11.05.2010 im **Sitzungssaal des Rathauses.**

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Günther Fehmer
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann Vertretung für Herrn
Florian Heuermann

Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Jürgen Brunn
Herr Thomas Tauber
Frau Sarah Bosse-Berger Vertretung für Herrn
Hans-Jürgen Dittrich

Herr Ulrich Schlieker
Herr Hubert Maas

Vortragender Gast:

Frau Uta Schneider Geschäftsführerin Re-
gionale (zu TOP 4. ö.
S.)

Von der Verwaltung:

Herr Jürgen Erfmann
Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Martin Struffert
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Fahrzeuge und Anbaugeräte des städt. Bauhofes**

Herr Erfmann stellt im Rahmen einer Power-Point-Präsentation die am Bauhof vorhandenen Fahrzeuge und Anbaugeräte vor (**Anlage 1**) und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder, insbesondere zu den demnächst geplanten Ersatzbeschaffungen.

Frau Mollenhauer stellt fest, dass viele Geräte zur gleichen Zeit ersetzt werden müssen und betont, dass man genau hinsehen werde, welches Gerät am wichtigsten ist und als erstes ersetzt werden müsse.

Herrn Schlieker drängt sich die Frage auf, ob die Anschaffung von Kombi-Geräten nicht günstiger wäre, da die einzelnen Fahrzeuge relativ wenige Betriebsstunden abgeleistet haben. So könnte evtl. auf das ein oder andere Gerät verzichtet werden.

Herr Brunn regt an, im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit Maschinen und Geräte untereinander auszuleihen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass bei Sonderarbeiten Gerätschaften ausgeliehen würden. Aber z. B. im Winterdienst benötigten alle Gemeinden ihre Maschinen und Geräte gleichzeitig.

Frau Mollenhauer ist erstaunt über die große Anzahl der am Bauhof vorhandenen Gerätschaften einschl. Zubehör und erkundigt sich, ob für die Wartung und kleinere Reparaturen ein qualifizierter Mitarbeiter vorhanden sei.

Herr Erfmann teilt mit, dass zwar kein Landmaschinenmechaniker mehr am Bauhof beschäftigt sei, die Fahrzeuge aber regelmäßig gewartet würden.

Herr Maas wirft im Hinblick auf die geringen Betriebsstunden bei den einzelnen Maschinen die Frage auf, wie viele Mitarbeiter am Bauhof beschäftigt sind.

Herr Erfmann teilt mit, dass am Bauhof 13 Mitarbeiter beschäftigt sind. Frau Dirks ergänzt, dass die geringen Betriebsstunden daher rührten, dass am Bauhof nicht jeden Tag die gleichen Tätigkeiten ausgeführt würden. Sicher könne man über Ersatzbeschaffungen und auch über die Anzahl der Mitarbeiter streiten. Sie stelle aber in Frage, dass z. B. für Flickarbeiten sofort ein Unternehmer zur Verfügung stehe und wenn, werde er sich das gut bezahlen lassen.

2. **Beschluss über die Abschnittsbildung für den Ausbau der Massonneustraße zwischen der Gantweger Straße und Zu den Alstätten**

Auf Nachfrage von Herrn Kleideiter teilt Herr Mollenhauer mit, dass bei der Ausbaumaßnahme keine privaten Grundstücke in Anspruch genommen werden, sondern sich alle benötigten Flächen im städt. Eigentum befinden.

Herr Maas erkundigt sich, ob die Anlieger mit dem Abrechnungsmodus zufrieden sind, da ja einige Grundstückseigentümer vor Jahren bereits Erschließungsbeiträge gezahlt haben.

Frau Dirks berichtet, dass die Abrechnungsmodalitäten den Anliegern in einer Versammlung vorgestellt worden seien. Sie habe den Eindruck, dass der Abrechnungsmodus als gerecht empfunden werde.

Herr Tauber erkundigt sich, ob die endgültigen Ausbaupläne dem Ausschuss noch einmal vorgestellt werden.

Herr Mollenhauer kündigt an, voraussichtlich in der letzten Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung vor den Sommerferien die Pläne vorzustellen, so dass in den Sommerferien ausgeschrieben werden könne.

Herr Dr. Meyring möchte im Hinblick auf die vagen Formulierungen in der Sitzungsvorlage eine Bestätigung, dass der Ausbau noch in diesem Jahr erfolgt.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass der Haushaltsplan einen kompletten Ausbau in diesem Jahr nicht vorsehe. Im Herbst soll mit dem Ausbau begonnen werden, der dann im folgenden Jahr evtl. mit einer Winterunterbrechung beendet werden soll.

Herr Fehmer weist darauf hin, dass sich aufgrund der Änderungswünsche der Anlieger die Ausbaurkosten veränderten und damit auch der Eigenanteil der Stadt. Er wolle wissen, wie hoch der städt. Anteil sei.

Herr Mollenhauer erläutert, dass die Anlieger möglichst an beiden Seiten eine Grünzone wünschten. Wenn diesem Wunsch nachgekommen werde, erhöhe sich der städt. Anteil um ca. 30.000,-- bis 40.000,-- €. Über die Änderungswünsche der Anlieger müsse im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss entschieden werden.

Auf Wunsch von Herrn Fehmer werden dieser Niederschrift als **Anlage 2** zwei Beispielsberechnungen der Ermittlung der Veranlagungsflächen und voraussichtlichen Beiträge für die jeweiligen Straßenseiten beigelegt.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Gemäß § 2 Absatz 4 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes – KAG – für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Billerbeck in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 14.07.1981 und § 3 Absatz 2 der Satzung der Stadt Billerbeck über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen – Erschließungsbeitragssatzung – vom 30.03.1995 wird beschlossen, dass der Aufwand für den selbständig nutzbaren Abschnitt der Erschließungsanlage Massonneustraße zwischen der Gantweger Straße und der Straße Zu den Alstätten gesondert ermittelt wird.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Sachstandsbericht zum SGB II

Unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage stellt Herr Struffert seinen Sachstandsbericht zum SGB II vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

4. Regionale 2016

Die Geschäftsführerin der REGIONALE, Frau Uta Schneider, stellt die Strukturen und Ziele der REGIONALE 2016 vor und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Frau Dirks konstatiert, dass das ZukunftsLand eine große Chance biete. Aufgrund der leeren kommunalen Kassen werde es aber schwierig sein, sich mit den Ideen zu beschäftigen. Bereits im Leader-Prozess sei die Idee „Mehr für dich“ – Mehrgenerationenwohnen, Leben im Tausch der Ressourcen entwickelt worden. Darüber hinaus beschäftige sich der Arbeitskreis Kunst und Kultur mit der Idee, ein „kulturelles Informationszentrum“ (Darstellung der Baukultur im hiesigen Bereich) einzurichten. Außerdem habe man sich bzgl. der Berkel auf die Entwicklung eines Berkelmasterplanes verständigt. Nicht zuletzt gehe es um die Entwicklung alter Wohngebiete.

Frau Schneider merkt an, dass natürlich allen bewusst sei, dass man finanziell schwierigen Zeiten entgegen gehe. Das gehe aber nicht nur der Stadt Billerbeck so. Es sei in Aussicht gestellt worden, zumindest in einzelnen Programmen den Eigenanteil der Kommunen zu reduzieren. Es werde aber immer darum gehen, ein tragfähiges Finanzierungskonzept aufzustellen. Die Entscheidung, ob ein Projekt verwirklicht wird, liege immer bei der Kommune. Außerdem habe man Zeit bis 2016 und bis dahin werde sich die Situation sicherlich noch ändern.

Herr Fehmer legt dar, dass für ihn die Finanzierung der Projekte zweitrangig sei. Vielmehr müssten zuerst Ideen geboren werden. Vor diesem Hintergrund wolle er wissen, wie die Verwaltung diesbezüglich verfahren wolle.

Frau Dirks antwortet, dass sie zunächst einen interfraktionellen Arbeitskreis bilden wolle, um die weitere Vorgehensweise abzusprechen. Es bringe nichts, vorab Erwartungen zu wecken.

Herr Fehmer macht deutlich, dass sich seine generell negative Haltung zu den Fördermöglichkeiten nicht geändert habe. Aufgreifen wolle er aber die bereits angesprochene Entwicklung alter Wohngebiete. Dies sehe er als ein wichtiges Projekt an. Bzgl. der von Frau Dirks angesprochenen Bildung eines Arbeitskreises schlage er vor, die Diskussion zunächst im HFA zu führen und hierfür evtl. eine Sondersitzung anzuberaumen.

Frau Dirks sagt dies zu.

Herr Schlieker bittet darum, den Fraktionen Informationsmaterial über die Regionale zukommen zu lassen.

**5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2010
hier: Verlegung des Rats- und Ausschusssitzungen in den Kultursaal der "Alten Landwirtschaftsschule"**

Auch wenn er wisse, dass es nur eine Empfehlung sein könne, so Herr Schlieker, wolle er dem Rat dennoch empfehlen, der Bürgermeisterin zu empfehlen, künftige Sitzungen im Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule stattfinden zu lassen. Damit vertue man sich nichts und es seien kaum Investitionen nötig. Das Ziel der barrierefreien Umgestaltung des Rathauses müsse sich hierdurch auch nicht ändern, außerdem könnten die Sitzungen nach der Umgestaltung wieder ins Rathaus zurückverlegt werden. Besonders herausragende Sitzungen oder Empfänge könnten ja weiterhin im Ratssaal stattfinden.

Herr Dr. Meyring ist der Meinung, dass der Ratssaal zwar einen gewissen Charakter habe, sich aber nicht uneingeschränkt für eine Ratssitzung eigne. Im Trauzimmer sitzende Zuschauer könnten der Sitzung kaum folgen, das sei nicht bürgerfreundlich.

Frau Mollenhauer führt aus, dass es etliche Sitzungen gegeben habe, in denen es voll gewesen sei und die Zuhörer Schwierigkeiten hatten, der Sitzung zu folgen, weil sie z. B. hinter Pfeilern gesessen hätten. Die Verwaltung müsste doch dafür sorgen, dass die Bürger einer Sitzung vernünftig folgen können. Wenn aufgrund der Tagesordnung zu erwarten sei, dass viele Bürger kommen werden, sollte man flexibel sein. Generell die Sitzungen im Ratssaal anzuberäumen, halte sie für sehr bürgerunfreundlich.

Frau Dirks betont, dass auch bisher bereits für Zuhörer interessante Sitzungen in der ehem. Landwirtschaftsschule stattgefunden hätten. Allerdings sei das Interesse der Bürger nicht immer vorab richtig einzuschätzen. Sie sei gerne bereit, auch weiterhin bei Bedarf Sitzungen zu verlegen. Sie persönlich denke aber, dass der Rat ins Rathaus gehöre, insbesondere wenn es sich um ein historisches Rathaus handle. Andererseits sei zu befürchten, dass die angestrebten Verbesserungen bzgl. der Barrierefreiheit und der Akustik ins Hintertreffen geraten. Im Übrigen müsse auch für das Trauzimmer eine Lösung gefunden werden.

Wenn von Bürgerfreundlichkeit die Rede sei, dann sollte man den Bürgern auch Gelegenheit geben, an Ratssitzungen teilnehmen zu können, so Herr Maas. Man werde den Bürgern nicht gerecht, wenn man sie ausschließe und die Historie nach vorne stelle. Außerdem bleibe die Historie erhalten, der Saal werde ja nicht abgerissen. Für die Ratsmitglieder und die Bürger wäre die Teilnahme an Sitzungen in der ehem. Landwirt-

schaftsschule komfortabler, auch im Hinblick auf das Parken.

Wenn dem Antrag gefolgt würde, so Herr Tauber, entlasse man die Verwaltung und auch sich selbst aus der Verantwortung für die längst überfällige Barrierefreiheit im Rathaus zu sorgen. Die SPD-Fraktion habe Wege hierzu aufgezeigt, leider habe sich die Mehrheit für andere Wege entschieden. Er werde sich dem Antrag nicht anschließen, weil er zu Lasten der Barrierefreiheit des gesamten Rathauses gehe. Zudem bestehe die Möglichkeit auszuweichen, wenn dies für den Einzelfall angezeigt ist.

Herr Kortmann meint, dass Ratssitzungen ins Rathaushaus gehören. Hierfür müsse der Ratssaal hinsichtlich der Akustik und der Barrierefreiheit entsprechend hergerichtet werden.

Frau Bosse-Berger äußert die Sorge, dass bei Verlegung der Sitzungen in die LAWI die barrierefreie Umgestaltung des Rathauses in die Zeit geschoben werde. Außerdem sei zu bedenken, dass dann zwar die Sitzungen woanders stattfänden, aber alles andere im Rathaus bleibe. Sie stelle die Frage, wo hier die Grenze gezogen werden soll oder ob auf Dauer etwa das komplette Rathaus verlegt werden solle.

Herr Schlieker betont, dass der Antrag nicht gegen, sondern für Barrierefreiheit spreche. Niemand wolle das Rathaus nicht barrierefrei umgestalten, wobei sich die Frage stelle, ob man sich das leisten könne. Außerdem bleibe es doch ihnen überlassen, ob man das Ziel der barrierefreien Umgestaltung im Auge behalte oder nicht. Und wenn das Rathaus barrierefrei umgestaltet sei, könne man jederzeit wieder in den Ratssaal zurückkehren.

Herr Maas führt aus, dass man über Barrierefreiheit im Rathaus nachdenken könne. Wenn dabei nur an einen Aufzug gedacht werde, sei das zu kurz gedacht. Barrierefreiheit könne auch geschaffen werden, indem nicht so viel Geld in die Hand genommen werde. Außerdem pflichte er Herrn Schlieker bei, dass die Sitzungen jederzeit wieder zurückverlegt werden können. Man könne der Bürgerschaft aber ein Zeichen geben, dass man sich um Barrierefreiheit kümmere.

Herr Tauber entgegnet, dass Zielsetzung sei, die Barrierefreiheit zu erreichen. Eine Zwischenlösung sei nicht gewollt.

Herr Dr. Meyring stellt fest, dass doch jeder für die Barrierefreiheit sei. Hier gehe es aber darum, die Bürger an den Sitzungen vernünftig teilhaben zu lassen.

Herr Kleideiter schließt sich den Ausführungen des Herrn Schlieker an und verweist auf die allgemein herrschende Politikverdrossenheit. Mit der Verlegung der Sitzungen in die LAWI zeige man den Bürgern, dass eine Beteiligung der Bürger an der Politik gewünscht ist.

Frau Dirks teilt die von Herrn Tauber und Frau Bosse-Berger geäußerten Befürchtungen. Die angestrebten Verbesserungen im Ratssaal seien zu-

rückgestellt worden, weil kein Geld da ist. Im Hinblick auf die Bürgerfreundlichkeit hätte man jedoch das Geld investieren müssen. Sie wiederhole, dass ein Rat in den Ratssaal und nicht in den Kultursaal der LAWI gehöre. Das sei für sie auch ein Zeichen der Identifikation.

Frau Bosse-Berger geht davon aus, dass kein Zuhörer mehr kommen werde, wenn die Sitzungen in der LAWI stattfinden würden. Wenn für die Bürger interessante Themen auf der Tagesordnung stünden, sei es wie bisher immer möglich, in die LAWI umzuziehen.

Frau Mollenhauer meint, dass die Bürgermeisterin doch dazu verpflichtet sei, die Öffentlichkeit herzustellen. Bürger seien auf sie zugekommen, weil sie im Zuschauerbereich nichts hören könnten. Man vergebe sich doch nichts auf die LAWI auszuweichen, weil dort die Möglichkeiten besser seien. Wenn ohne zusätzliche Kosten bessere Möglichkeiten wahrgenommen werden können, verstehe sie nicht, warum man das nicht tue.

Frau Dirks stellt abschließend fest, dass es sich lediglich um Empfehlungen an sie handele.

**6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010;
hier: a) Stand des Genehmigungsverfahrens
b) Entwicklung des Produktes 16010 "Allgemeine Finanzwirtschaft" 2010**

Herr Melzner erläutert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage. Bzgl. der vom Landrat empfohlenen Konsolidierungsmaßnahmen, wie Steueranhebungen und insbesondere die Verzinsung des Anlagekapitals des Abwasserbetriebes sowie die Abschreibung von Wiederbeschaffungszeitwerten stelle sich die Frage, ob man dem nachkommen soll.

Herr Fehmer bezeichnet die beiden Hinweise des Kreises Coesfeld als eine Frechheit. Nach der Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt habe man sich wiederholt mit diesen Fragestellungen beschäftigt und sich klar gegen diese Maßnahmen ausgesprochen, weil sie gebührenrelevant seien. Außerdem sei abschließend geprüft worden, dass keine rechtliche Verpflichtung bestehe, den Empfehlungen nachzukommen. Neue Erkenntnisse hierzu lägen nicht vor. Bevor der Kreis solche Erhöhungen verlange, sollte er zunächst auf die Erhöhung der Kreisumlage verzichten. Auch sei er bereit, gegen den Kreis zu klagen, falls es rechtlich möglich sei. Die Verwaltung sollte dies ausloten.

Frau Dirks bestätigt, dass keine rechtliche Verpflichtung bestehe, den Empfehlungen des Kreises nachzukommen, der Kreis aber dennoch diese Anmerkungen mache. Sie gehe davon aus, dass auch der Betriebsausschuss bzgl. der Verzinsung des Anlagekapitals und der Abschreibung von Wiederbeschaffungszeitwerten keine andere Entscheidung treffe. Gegen den Kreis könne man nur klagen, wenn der Kreis Aufgaben wahrnehme, für die er nicht zuständig sei. Das sei aber sehr schwer nachzuweisen. Ein diesbezügliches früher angestregtes Verfah-

ren sei negativ für die Stadt ausgegangen.

Herr Fehmer stellt fest, dass man dann keine andere Möglichkeit habe, als die Ausführungen des Kreises zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Dr. Meyring macht deutlich, dass sich der Betriebsausschuss bewusst für die jetzige Vorgehensweise ausgesprochen habe und der Empfehlung des Kreises sicher nicht folgen werde.

Herr Schlieker spricht sich dafür aus, dem Kreis die Stirn zu bieten. Außerdem könne er der Auffassung des Kreises nicht folgen, dass es sich um eine logische Umsetzung der NKF-Philosophie handle.

Herr Tauber stellt die Frage, ob das Schreiben des Kreises lediglich zur Kenntnis genommen werden oder dem Kreis die hiesige Position in einem Schreiben noch einmal dargelegt werden sollte.

Frau Dirks erklärt, dass sie den Kreis anschreiben werde.

Herr Fehmer bittet Frau Dirks, den Kreis in dem Schreiben deutlich darauf hinzuweisen, dass man hier mehr getan habe als nötig, in dem z. B. die Ausgabepositionen 2010 auf die Ansätze 2009 zurückgefahren wurden und man das gleiche auch beim Kreis erwarte.

Auf Vorschlag von Herrn Melzner fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Empfehlung des Kreises Coesfeld bzgl. der Verzinsung des Anlagenkapitals und der Abschreibung nach Wiederbeschaffungszeitwerten soll nicht gefolgt werden.

Stimmabgabe: einstimmig

Herr Melzner berichtet über eine erfreuliche Entwicklung bei dem Produkt 16010 „Allgemeine Finanzwirtschaft“. Die Gewerbesteuererinnahmen lägen jetzt schon mit 820.000,-- € über dem Ansatz. Nach den gerade stattgefundenen Steuerschätzungen sei aber mit weiteren erheblichen Einbußen bei der Einkommensteuer zu rechnen.

Dann geht er auf Veränderungen ein, die sich bis zum Jahresende ergeben werden. Diese führten nach jetzigem Kenntnisstand zu Verbesserungen bei dem Ergebnis von rd. 680.000,-- €. Hier seien die Verluste aus der Steuerschätzung noch nicht eingerechnet.

7. Mitteilungen

7.1. Chlorgas in der Kanalisation Osterwicker Straße/Stichweg Freibad - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer verliest einen Sachstandsbericht des Abwasserbetriebes vom 11.05.2010 über Chlorgas in der Kanalisation Osterwicker Straße, der als **Anlage 3** dieser Niederschrift beigelegt ist.

8. Anfragen

8.1. Ausbesserung der L 506 auf der Beerlage - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring moniert, dass z. B. bei Heilers einige Löcher in der Fahrbahn der L 506 auf der Beerlage geflickt wurden, aber die heftigsten und gefährlichsten Schäden zwischen Ueding und Schöne nicht behoben wurden. Beim Landesbetrieb sollte nachgefragt werden, ob die Schäden bis zur Fahrbahnsanierung provisorisch geflickt werden können.

Frau Dirks sagt zu, beim Landesbetrieb nachzufragen. Sie habe aber wenig Hoffnung, dass bis zur Fahrbahnsanierung, die für Ende Mai angekündigt sei, noch Löcher gestopft werden.

8.2. Aufbewahrungshalle auf dem alten Friedhof - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer weist auf den unhaltbaren Zustand des dritten Aufbewahrungsraumes in der Leichenhalle auf dem alten Friedhof hin. Hier müsse unbedingt dringend Abhilfe geschaffen werden.

Herr Messing gibt zu bedenken, dass nicht permanent zur gleichen Zeit drei Leichen aufgebahrt werden müssten und es sich um eine „Notkammer“ handle, die selten in Anspruch genommen werde. Andere Möglichkeiten gebe es nicht.

Frau Dirks ergänzt, dass ohne zu investieren keine Verbesserungen möglich seien. In der Vergangenheit sei vereinzelt auf Leichenhallen in Nachbarorten ausgewichen worden.

Herr Fehmer berichtet, dass das Altenheim in Dülmen einen Raum geschaffen habe, in dem verstorbene Bewohner aufgebahrt werden, so dass auch die Bewohner Abschied nehmen können. Vielleicht könnte eine solche Möglichkeit auch in Billerbeck geschaffen werden.

Frau Dirks sagt zu, die Anregung zustimmend an das Kuratorium weiter zu leiten. Dabei sei vielleicht von Vorteil, dass auch die Hospizgruppe einen Raum im Altenheim nutze.

Auf Nachfrage von Herrn Tauber über wie viele Fälle man denn rede, teilt Herr Messing mit, dass in Billerbeck im Jahr ca. 90 Bestattungen statt-

fänden und es dabei manchmal zu Überschneidungen komme.

Frau Mollenhauer spricht sich dennoch für die Schaffung einer würdigen Ausweichmöglichkeit aus.

8.3. Biotonne in der Behindertentoilette - Frau Bosse-Berger

Frau Bosse-Berger erkundigt sich, ob aufgrund des Hinweises von Herrn Dittrich die Biotonne inzwischen anderweitig untergebracht worden sei. Herr Erfmann teilt mit, dass für die Biotonnen ein separater Raum zur Verfügung stehe und es sich nur um eine einmalige Angelegenheit gehandelt haben könne.

8.4. Breitbandverkabelung - Herr Brunn

Herr Brunn weist darauf hin, dass Nottuln ca. eine halbe Million € in die Verlegung von Leerrohren investiert habe und fragt nach, ob Billerbeck evtl. ins Hintertreffen gerate, weil andere Gemeinden bereits Breitband verlegen.

Frau Dirks verneint dies und schildert den Sachstand. Sobald das Angebot über einen Masterplan Breitband vorliege, werde sie die Angelegenheit auf die Tagesordnung setzen und auch einen Fachmann hierzu einladen.

8.5. Eröffnung des Freibades - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer fragt nach, ob trotz der derzeit niedrigen Temperaturen das Freibad am Donnerstag eröffnet werde.

Frau Dirks bejaht dies.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin